

Turning point

ETHOS-NEWSLETTER ZU GOVERNANCE UND NACHHALTIGKEIT



EDITORIAL : Das Fass bis auf den letzten Tropfen leeren

Die unablässigen Angriffe des US-Präsidenten auf alle Nachhaltigkeitsanliegen geben den Opportunisten Aufwind und nicht den vom Umweltschutz Überzeugten. Hinzu kommen gezielte und wiederholte Attacken auf die Aktionärsrechte. Diese Ausgangslage beflügelt manche Unternehmen regelrecht.

Darauf haben offenbar einige im Bereich der fossilen Energien tätige Unternehmen nur gewartet: Nachdem BP [2025](#) seine Klimaziele widerrufen hatte, weigerte sich das Unternehmen ohne Skrupel, einen Aktionärsantrag für mehr Nachhaltigkeit der Generalversammlung 2026 vorzulegen. Der [Antrag](#) forderte das Unternehmen auf, seine Strategie zur Wertschöpfung hinsichtlich eines erwarteten Rückgangs der Gas- und Ölnachfrage zu erläutern. Der Antrag wurde ordnungsgemäss von Follow This und einer Investorenkoalition, darunter Ethos und einige seiner Mitglieder, eingereicht.

Das ist noch nicht alles. Angespornt vom erdölfreundlichen Klima im Weissen Haus hat der Verwaltungsrat von BP seinen Aktionärinnen und Aktionären empfohlen, zwei Anträge aus den Jahren 2015 und 2019 zu widerrufen. Diese verpflichteten das Unternehmen, Informationen über die Übereinstimmung seiner Investitionen mit dem Pariser Abkommen zu veröffentlichen. Das Management und über 90 Prozent der Aktionärsstimmen unterstützten damals die beiden [Anträge](#).

In der heutigen Zeit ist offenbar vermehrt damit zu rechnen, dass bestimmte Unternehmen die Aktionärsrechte mit Füßen treten. So weigerte sich 2024 TotalEnergies, einen Aktionärsantrag zur Trennung der Funktionen des Verwaltungsratspräsidenten und des CEOs der Generalversammlung vorzulegen. Das französische Unternehmen zögert auch dieses Jahr nicht, seine Klimaschutzverpflichtungen zu revidieren. So hat es gerade [eine Vereinbarung](#) mit der Trump-Regierung zur Aufgabe von zwei Konzessionen für Offshore-Windkraftprojekte geschlossen. Im Gegenzug erstatten die Vereinigten Staaten dem Unternehmen 928 Millionen Dollar, die in Projekte im Bereich der fossilen Brennstoffe reinvestiert werden müssen. Die Folge: Laut [Reclaim Finance](#) rechnet TotalEnergies nun mit einem Anstieg des Anteils seiner Investitionen in Öl und Gas von 33 auf 35 Prozent für den Zeitraum von 2026 bis 2030 und mit einem Rückgang seiner Investitionen im Strombereich (Solar, Wind und Gas) von derzeit 4 bis 5 Milliarden Euro pro Jahr auf 3,5 bis 4 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030.

China hat sich für den umgekehrten Weg entschieden. Während der US-Präsident (zum zweiten Mal) aus dem Pariser Abkommen austrat, eine Deregulierung nach dem anderen durchführte, Subventionen für erneuerbare Energien in Milliardenhöhe strich und versuchte, grosse Offshore-Windkraftprojekte zu stoppen, investierte Peking weiterhin massiv in Solar- und Windenergie, um seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Das Ergebnis: Chinesische Unternehmen sind weltweit führend in der Herstellung von Solarmodulen, Elektrofahrzeugen und Batterien geworden, und ihre Aktienkurse [profitieren davon an der Börse](#).

Vor allem zeigt sich China heute weniger anfällig für energiebedingte Preisschocks als andere Länder. [Dieser Trend könnte sich](#) angesichts des tobenden Krieges im Nahen Osten und der Blockade der Strasse von Hormus noch weiter [beschleunigen](#). Während wir das Ölfass bis auf den letzten Tropfen leeren, den Planeten zerstören und die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel setzen, scheinen andere die Notwendigkeit erkannt zu haben, ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen rasch zu verringern.

WICHTIGE NACHRICHTEN

Die Weigerung von BP, einen Aktionärsantrag der Generalversammlung vorzulegen, hat für Reaktionen gesorgt. Nest, eine der grössten Vorsorgeeinrichtungen Grossbritanniens, reagierte als erste: Sie wird [künftig gegen die Wiederwahl](#) von Verwaltungsratspräsidenten stimmen, wenn die Unternehmen ihre Klimaziele ohne zufriedenstellende Begründung erheblich nach unten korrigieren.

Die verschärfte Gegenwehr könnte sich weiter ausbreiten. So hat die grösste staatliche Pensionskasse der Vereinigten Staaten [CalPERS angekündigt](#), dass sie bei Missbräuchen mit der neuen [SEC-Politik](#) gegen die Wiederwahl von Verwaltungsratsmitgliedern stimmen könnte. Zur Erinnerung: Seit Ende 2025 will die SEC nicht mehr einschreiten, wenn Unternehmen Aktionärsanträge nicht zu Abstimmung bringen. Übrigens haben die beiden NGO As You Sow und ICCR nach dieser Entscheidung [Klage](#) gegen die SEC eingereicht. Beide Organisationen sind der Ansicht, dass die SEC damit «Unternehmen faktisch grünes Licht gibt, Investoren daran zu hindern, Anträge zu Themen einzureichen und darüber abzustimmen, die in direktem Zusammenhang mit der langfristigen Performance und dem Risikoprofil der Unternehmen stehen».

Eine weitere direkte Folge des Anti-Nachhaltigkeitsbewegung in den USA ist, dass die Zustimmungsraten der grossen Stimmrechtsberater (Proxy Advisors) zu nachhaltigkeitsbezogenen Aktionärsanträgen im Jahr 2025 gesunken ist. Laut [einer aktuellen Studie](#) empfahl ISS, das häufige Ziel von Angriffen der Republikaner ist, im Jahr 2025 weniger als zehn Prozent der nachhaltigkeitsbezogenen Anträge zu befürworten, gegenüber 39 Prozent im Jahr 2024. Bei seinem Konkurrenten GlassLewis sank die Zustimmungsraten von 26 auf 21 Prozent.

Vanguard, der zweitgrösste Vermögensverwalter der Welt, schloss seinerseits [eine Vereinbarung](#) mit republikanisch regierten Bundesstaaten. Die Vereinbarung sieht neben der Zahlung von 29,5 Millionen Dollar vor, dass Vanguard keine Treibhausgas-Emissionssenkung von Unternehmen (in die Vanguard investiert ist) verlangt, keine Aktionärsanträge mehr einreicht und nicht mehr mit dem Verkauf der Unternehmensanteile bei Nichtbefolgen von Empfehlungen droht. Ausserdem muss sich Vanguard von den PRI und allen klimafokussierten Investorenorganisationen wie NZAM oder Climate Action 100+ zurückziehen.

Eine Koalition aus 24 US-Bundesstaaten sowie 17 Städten und Regionen hat beim Bundesgericht [Klage](#) eingereicht, um die Aufhebung der «Endangerment Finding» (Gefährdungsfeststellung) durch die Trump-Regierung anzufechten. Diese stellen die Grundlage für die Regulierung der Treibhausgasemissionen dar. Die Kläger argumentieren, dass die Entscheidung der Trump-Regierung die erdrückenden wissenschaftlichen Beweise für die Auswirkungen und Gefahren des Klimawandels sowie die gesetzliche Verpflichtung der Regierung zur Regulierung der Treibhausgasemissionen ignoriert.

In der Schweiz hat das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF ein neues Policy Paper «[Sustainable Finance Engagement 2026+](#)» veröffentlicht: Das Finanzsystem soll Klima- und Biodiversitäts-Risiken so früh und genau wie möglich preislich erfassen können. Ausserdem soll das Kapital unter grösstmöglicher Kenntnis aller Chancen und Risiken dort eingesetzt werden können, wo es die grösste Wirkung entfaltet, z.B. bei Transformation emissions- und ressourcenintensiver Sektoren.

Der Ständerat möchte [die Kernenergie wiederbeleben](#). Er stimmte mit 26 zu 12 Stimmen für die Aufhebung des Verbots, neue Kernkraftwerke zu bauen. Die SVP, die FDP und eine Mehrheit der Mitte nahmen den Gegenvorschlag des Bundesrats zur Initiative «Stop dem Blackout» an. Der Nationalrat muss noch darüber entscheiden. «Selbst wenn wir jetzt

anfangen würden, gäbe es vor 2050 keine neuen Kraftwerke», erinnerte die Basler Grüne Ständerätin Maya Graf.

Die EU-Mitgliedstaaten erwägen, die Anforderungen an Ausschlüsse von fossilen Energien aus der Nachhaltigkeitsgesetzgebung (SDFR) zu streichen, was zu einer Änderung der Definition nachhaltiger Investitionen führen könnte. Laut Responsible Investor ([kostenpflichtiger Artikel](#)) drehen sich die Diskussionen um die Ersetzung strenger Ausschlusskriterien durch Strategien, die auf Engagement, Glaubwürdigkeitsgarantien und einem Klassifizierungssystem basieren.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass [laut einer Mitteilung](#) der französischen NGO Reclaim Finance das Europäische Parlament im vierten Quartal 2025 mehr als 22'000 Lobbyisten empfangen hat. In diesem Zeitraum wurde das «Omnibus»-Paket zur Überarbeitung und Vereinfachung der europäischen Nachhaltigkeitsvorschriften diskutiert. 59 Prozent von ihnen vertraten private Interessen (gegenüber 28 Prozent von NGOs), insbesondere aus dem Finanzsektor und der fossilen Energiewirtschaft. An manchen Tagen waren somit mehr Lobbyisten als Abgeordnete anwesend.

Ein Pariser Gericht fällt ein historisches Urteil gegen den Rocher-Konzern. Die Eigentümer der Marke Yves Rocher wurden verurteilt, da sie Verstösse gegen Gewerkschaftsrechte und Diskriminierungen in einer türkischen Tochtergesellschaft nicht ausreichend verhindert hatten. Es handelt sich um die [erste Verurteilung](#) eines französischen Unternehmens wegen Verletzung seiner Sorgfaltspflicht im Ausland. Der Fall geht auf das Jahr 2018 zurück, als sich Beschäftigte dieser Tochtergesellschaft gewerkschaftlich organisieren wollten, um ihre Arbeitsbedingungen anzuprangern, insbesondere die niedrigen Löhne, die Exposition gegenüber gesundheitsschädlichen Stoffen und Diskriminierungen. Nach der Gründung der Gewerkschaft wurden 130 Beschäftigte entlassen, überwiegend Frauen.

GOOD NEWS

Der regulatorische Rückzieher bedeutet nicht zwangsläufig einen Rückschritt für die Unternehmen, ganz im Gegenteil. Das zeigen die Ergebnisse zweier im März veröffentlichter Studien. Die [erste](#) unterstreicht, dass die grosse Mehrheit der Unternehmen, die im Rahmen des Vereinfachungspakets «Omnibus» vom Anwendungsbereich der CSRD ausgenommen wurden, ihre Bemühungen um Nachhaltigkeitsberichterstattung fortsetzen wollen. Von den [400 befragten](#) Unternehmen gaben neunzig Prozent an, ihre Berichterstattung beibehalten oder ausweiten zu wollen. 86 Prozent erklärten, dass sie weiterhin Berichte gemäss den CSRD-Standards erstellen wollen.

Die [zweite Studie](#), die sich auf deutsche Unternehmen konzentriert, kommt zu denselben Schlussfolgerungen. Zur Begründung ihrer Entscheidung führen die Unternehmen die Vorteile einer guten nichtfinanziellen Berichterstattung an: eine bessere Sichtbarkeit von Klimarisiken oder Risiken im Zusammenhang mit ihrer Lieferkette, ein grösseres Vertrauen der Investorinnen und Investoren sowie die Einhaltung der Berichts- und Prüfungsanforderungen ihrer Kundinnen oder Partner. Die befragten Führungskräfte betonen zudem, dass die Nachhaltigkeitsberichterstattung teilweise oder vollständig in die

Finanzberichterstattung integriert ist und dass Nachhaltigkeitsindikatoren bereits in den Finanzberichtszyklen berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang hat Renault angekündigt, die Produktion von Fahrzeugen mit reinem Verbrennungsmotor für den europäischen Markt bis 2030 einzustellen. Dies trotz der Tatsache, dass die Europäische Kommission im Dezember 2025 das 2022 beschlossene Verbot der Produktion von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab 2035 revidiert hat. Allerdings betrifft [diese](#) Elektrifizierungsstrategie nur Europa und nicht die Marke Dacia.

In den Vereinigten Staaten und Kanada verklagen Sparende ihre Pensionskassen und Verwalter von Altersvorsorgeplänen. Sie werfen ihnen eine mangelhafte Berücksichtigung von Klimarisiken vor. Diese beispiellosen Klagen könnten einen ersten Gegenangriff nach dem Anti-Nachhaltigkeitsbewegung darstellen und das Klimarisikomanagement wieder in den Mittelpunkt der treuhänderischen Verantwortung rücken, wie Novethic in einem kürzlich erschienenen [Artikel \(kostenpflichtig\)](#) hervorhebt.



ENGAGEMENT UPDATE

Am 20. März 2026 sandte Ethos einen Brief an die Präsidenten von rund zwanzig börsenkotierten Schweizer Unternehmen, die besonders stark von den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Verlust von Natur und Biodiversität betroffen sind. Dies ist der Auftakt der zu diesem Thema gestarteten direkten Engagement-Kampagne, die auf dem im Oktober 2025 veröffentlichten [Engagement Paper Nature](#) basiert. Ethos führt diese Kampagne im Namen der Mitglieder des Ethos Engagement Pool (EEP) Schweiz

AKTUALITÄT ZU DEN GENERALVERSAMMLUNGEN

Die Generalversammlungssaison ist in vollem Gange: Nicht weniger als 28 Unternehmen des SPI haben ihre Generalversammlung bereits abgehalten. Ethos hat rund 70 Analysen und Abstimmungsempfehlungen an die Kundinnen und Kunden übermittelt.

Wie im vergangenen Jahr stehen die hohen Management-Vergütungen im Vordergrund, insbesondere die 24,9 Millionen Franken für den CEO von Novartis im Jahr 2025 (realisierte Vergütung), 14,9 Millionen Franken für den CEO von UBS oder 23,1 Millionen Franken für den CEO von Julius Bär. Ethos hat sich gegen all diese Vergütungen ausgesprochen.

Erste Erkenntnisse der neuen Generalversammlungs-Saison gibt es bei den konkreten Auswirkungen in der Schweiz der Anti-Nachhaltigkeitsbewegung jenseits des Atlantiks. So hat der Verwaltungsrat von Sandoz beschlossen, das Leistungskriterium «Verbesserung der Vertretung von Frauen in Führungspositionen» aus dem langfristigen Vergütungsplan der Geschäftsleitung zu

versandt, die total 400 Milliarden Franken Vermögen verwalten.

Diese Kampagne konzentriert sich auf Unternehmen aus vier Sektoren, die eine zentrale Rolle beim Erhalt der Biodiversität und der Ökosysteme spielen: die Agrar- und Lebensmittelindustrie, die Pharma- und Biotechnologiebranche, die chemische Industrie sowie die Baustoffindustrie. Sie fordert die betroffenen Unternehmen auf, natur- und biodiversitätsbezogene Herausforderungen in ihre Governance, ihre langfristige Strategie und ihre täglichen Aktivitäten zu integrieren.

Ethos und die Mitglieder von EEP International haben [eine Erklärung](#) unterzeichnet, die mehr als 200 institutionelle Investoren (mit einem Vermögen von 2300 Milliarden Dollar) vereint und die Internationale Arbeitsorganisation auffordert, ein verbindliches Übereinkommen für menschenwürdige Arbeit in der Plattformwirtschaft zu verabschieden. Heute ist weltweit jede achte arbeitnehmende Person über eine digitale Plattform beschäftigt. Die meisten von ihnen sind jedoch mit prekären Arbeitsverträgen und wenig bis gar keinem sozialen Schutz konfrontiert.

Ethos und der deutsche Partner DSW, unterstützt von den Mitgliedern von EEP International, Shareholders for Change und dem Verein BETTER FINANCE, haben einen Brief an die grössten Unternehmen des DAX-Indexes geschickt. Sie fordern die Möglichkeit einer physischen Teilnahme an den Hauptversammlungen. «Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem mehrere Unternehmen weiterhin rein virtuelle Hauptversammlungen abhalten», betonte Ethos-Direktor Vincent Kaufmann in [einer Pressemitteilung](#).

streichen. Das Unternehmen begründet dies mit der «Einhaltung der Vorschriften» der Länder, in denen das Unternehmen tätig ist, einschliesslich jener, in denen es Arzneimittel an öffentliche Gesundheitssysteme liefert. In diesem Sinne hat sich Lindt & Sprüngli zum Ziel gesetzt, die Lohngleichheit bei Männern und Frauen für gleichwertige Arbeit bis 2027 in allen Tochtergesellschaften zu erreichen, mit Ausnahme der Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten.

Die ersten Ergebnisse der Abstimmungen an den Generalversammlungen liegen vor. So ist bei OC Oerlikon ein Anstieg der Gegenstimmen von Minderheitsaktionären zu verzeichnen: 17,3 Prozent lehnten in diesem Jahr die Wiederwahl des Verwaltungsratspräsidenten ab (gegenüber 12,4 Prozent im Jahr 2025) und 26,4 Prozent stimmten gegen die konsultative Abstimmung über den Vergütungsbericht (22,7 Prozent im Jahr 2025). Ethos empfahl ein Nein bei beiden Punkten. Bemerkenswert: Ohne die Unterstützung des Mehrheitsaktionärs mit 42,7 Prozent des Kapitals und der Stimmrechte, wären diese Traktanden abgelehnt worden.





ZAHL DES MONATS

Das ist die Rekordvergütung, die der neue CEO von Julius Bär im Jahr 2025 erhalten hat. Darin enthalten ist eine «Replacement Payment» in Höhe von 14,8 Millionen Franken, um die Abfindungen zu decken, die ihm beim Ausscheiden aus seinem früheren Unternehmen angeblich entgangen sind. Doch nicht nur in der Schweiz erreichen die Vergütungen von Bankern in diesem Jahr neue Höhen. Der CEO der italienischen Bank UniCredit, der zeitweise als Kandidat für die Leitung der UBS gehandelt wurde, erhielt 2025 eine [Rekordvergütung](#) von 16,4 Millionen Euro. Das ist doppelt so viel wie 2022. Damit liegt er auf dem gleichen Niveau wie Sergio Ermotti (14,9 Millionen Franken im Jahr 2025) und vor allem an der Spitze der bestbezahlten Banker in Kontinentaleuropa. Man ist jedoch noch weit entfernt von den in den USA verzeichneten Werten, wo der Chef von JPMorgan Chase im Jahr 2025 einen Rekordbetrag von 43 Millionen Dollar und der von Goldman Sachs 47 Millionen Dollar erhielt.

AKTUELLES BEI ETHOS

Der März begann mit einer schlechten Nachricht: BP legt den von Follow This und einer Koalition internationaler Investoren (darunter die Ethos-Stiftung und mehrere ihrer Mitglieder) eingereichte Aktionärsantrag der Generalversammlung nicht vor. In [einer Stellungnahme](#) prangerte Ethos einen «schwerwiegenden Verstoss gegen die Grundrechte der Aktionäre» an, der alle Investoren beunruhigen sollte, unabhängig von ihrer Haltung zu der zugrunde liegenden Frage (in diesem Fall die Forderung nach mehr Transparenz seitens des Unternehmens). Follow This hat BP eine Frist bis zum 1. April gesetzt, um eine neue Einberufung zur Generalversammlung zu veröffentlichen, die den genannten Antrag enthält. Andernfalls wird die niederländische NGO [rechtliche Schritte](#) einleiten.

Der Direktor von Ethos ergriff an der Generalversammlung von Novartis das Wort. [In seiner Rede](#) brachte er die Bedenken von Ethos hinsichtlich der Höhe und Struktur der Vergütung der Führungskräfte zum Ausdruck, insbesondere derjenigen des CEO, die in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Er forderte eine Überarbeitung des aktuellen Vergütungssystems, insbesondere die Einführung einer klareren Obergrenze für die variable Vergütung, die stärkere Berücksichtigung relativer Leistungskriterien und die Einbeziehung messbarer Nachhaltigkeitsziele in die langfristigen Anreize.

Ethos veröffentlichte zudem [die Tätigkeitsberichte 2025](#) seiner Aktionärsdialogprogramme. Der EEP Schweiz führt einen kontinuierlichen Dialog mit den 150 grössten börsenkotierten Unternehmen der Schweiz und der EEP International konzentriert sich auf im Ausland kotierte Unternehmen. Im Jahr 2025 führten diese beiden Programme mehr als 1400

Dialogaktivitäten mit börsenkotierten Unternehmen zu Nachhaltigkeits- und Governance-Themen durch. Im Kontext zunehmenden internationalen Drucks auf diese Themen bleibt das kollektive Engagement der Aktionärinnen und Aktionäre wichtiger Hebel, um das Kapital der Versicherten vor systemischen Risiken zu schützen. Die Berichte sind auf [der Website von Ethos](#) verfügbar.

Ethos hat ihre Teilnahme an der ersten «Climate Week Zurich» angekündigt, die Anfang Mai stattfinden wird. Gemeinsam mit der Nest Sammelstiftung wird Ethos eine Veranstaltung organisieren, die sich mit Pensionskassen und dem Management von Klimarisiken befasst. Weitere Informationen sind [auf der Website der Climate Week](#) zu finden.

PRESSESPIEGEL

- [Ethos appelle les actionnaires de Novartis à rejeter le point sur les rémunérations](#) (Agefi, 24 février 2026)
- [Nestlé face à des mauvais résultats et le scandale des laits infantiles : interview de Vincent Kaufmann](#) (RTS Forum, 20 février 2026)
- [Die Schweiz braucht keine neue Abzockerdebatte: Von den hohen Löhnen der Multis profitieren alle](#) (NZZ, 14 février 2026)
- [Die 25-Millionen-Vergütung des Novartis-Chefs im Vergleich](#) (SRF 1 Tagesschau, 4 février 2026)
- [Switzerland's Ethos Foundation gets tough on governance](#) (IPE, January/February 2026 Magazine)

Abonnieren

Die **Ethos Stiftung** schliesst mehr als 250 schweizerische Pensionskassen und andere steuerbefreite Institutionen zusammen. Sie wurde 1997 zur Förderung einer nachhaltigen Anlagetätigkeit und eines stabilen und gesunden Wirtschaftsumfelds gegründet.



Das Unternehmen **Ethos Services** betreut Beratungsmandate für nachhaltige Anlagen. Ethos Services bietet nachhaltige Anlagefonds, Analysen von Generalversammlungen mit Stimmempfehlungen, Programme für den Aktionärsdialog mit Unternehmen sowie Nachhaltigkeits-Ratings und -Analysen von Unternehmen an. Ethos Services ist Eigentum der Ethos Stiftung und mehrerer Mitgliedsinstitutionen der Stiftung.

